

Politik beider Parteien erfolgte. Die Vertreter der SED erläuterten, wie die SED gemeinsam mit den Werktätigen der DDR auf den verschiedensten Gebieten der Volkswirtschaft, der Kultur, der Volksbildung, der Wissenschaften und der Kunst den VII. Parteitag der SED vorbereitet. Die Delegation der KPÖ machte sich mit dem neuen ökonomischen System der Planung und Leitung, mit Problemen der Entwicklung der sozialistischen Demokratie beim umfassenden Aufbau des Sozialismus vertraut.

Gespräche mit Arbeitern und Genossenschaftsbauern zeigten die praktische Ausübung des vollen Mitbestimmungsrechtes in allen den Betrieb und die Genossenschaft betreffenden Entscheidungen. Die Vertreter der KPÖ brachten ihre Anerkennung für die Erfolge der SED beim sozialistischen Aufbau und für die konsequente und konstruktive Friedenspolitik der DDR im Herzen Europas zum Ausdruck.

Die Delegation der Kommunistischen Partei Österreichs informierte über den Kampf der österreichischen Kommunisten um die Aktionseinheit der Arbeiterklasse und aller fortschrittlichen und demokratischen Kräfte zur Verteidigung und Erweiterung der sozialen Rechte der Arbeiter und Angestellten, zur Verteidigung und Erweiterung der Demokratie sowie zur Sicherung der Neutralität und Unabhängigkeit der Republik gegen die Angriffe rechtsextremistischer und reaktionärer Kräfte. Gemeinsam mit allen patriotischen Kräften ist die KPÖ bestrebt, eine Einbeziehung Österreichs in die vom westdeutschen Monopolkapital beherrschte EWG und die Auslieferung insbesondere der verstaatlichten Industrie an das ausländische Kapital zu verhindern.

Es erfolgte ein ausführlicher Gedankenaustausch über den Kampf um Frieden und europäische Sicherheit. Die Vertreter beider Parteien stimmen darin überein, daß die Hauptgefahr für den Frieden in Europa von der Politik des westdeutschen Imperialismus ausgeht, der, gestützt auf den USA-Imperialismus, nach Vorherrschaft und Revanche und deshalb nach Verfügungsgewalt über Kernwaffen strebt. Sie teilen die Besorgnis der friedliebenden Menschen aller Staaten über die zunehmende reaktionäre Entwicklung und die Verstärkung des Neonazismus in Westdeutschland. Sie betrachten die Bildung einer Regierung der großen Koalition als eine Unterstützung der reaktionären und aggressiven Politik der CDU/CSU durch führende Kreise der SPD wodurch die Gefahr der Errichtung einer antigewerkschaftlichen, antidemokratischen Notstandsdictatur heraufbeschworen wird. Beide Parteien stim-